

DIE SEITE UNSERER LESER

SCHREIBEN SIE IHRE MEINUNG!

Kölnische Rundschau, Dialog-Redaktion, Postfach 1021 45, 50461 Köln
Fax: (02 21) 1 63 25 57 - E-Mail: dialog@kr-redaktion.de

- Inhalte und Themen richten sich nach Ihren Zuschriften.
- Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.
- Auswahl und Kürzungen müssen wir uns vorbehalten.
- Für Rückfragen nennen Sie uns bitte Ihre Anschrift und Ihre Telefonnummer.

DIALOG

Nur scharfe Grenzkontrollen dämmen Flüchtlingsstrom ein

Weitere Stimmen zur Flüchtlingskrise in Deutschland und Europa sowie zu den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln und den politischen Folgen.

Die Flüchtlingspolitik wäre ganz anders verlaufen, wenn unsere Kanzlerin im Vorfeld alle EU-Länder einvernehmlich mitgenommen hätte und nicht allein so handelt. Auch unser Finanzminister hat so getan, als zahlen wir das alles aus der Portokasse – drum will er ja eine neue EU-Steuer, weil es auch finanziell kaum noch zu schaffen ist und Milliarden kostet. Im Moment läuft alles durcheinander, der Bürger weiß gar nicht mehr, wem er noch glauben soll. Auch die SPD hat den gleichen Kurs gefahren, immer der CDU hinterher. Es gibt eigentlich nur eine Lösung: Kurzfristig verschärfte Grenzkontrollen, um den Zustrom von Flüchtlingen einzudämmen, sofortige Krisensitzung aller EU-Länder mit dem Ziel, das Flüchtlingsproblem gemeinsam lösen zu müssen (Schwerpunkt liegt auf müssen).

Wenn dies nicht gelingt, war der Gedanke einer einheitlichen EU nur eine Vision, die am Menschen gescheitert ist. Nun gehen wir aber mal davon aus, dass wir doch noch einen vernünftigen Weg finden im Interesse der Flüchtlinge, Europas und unseres Landes.

Robert Kagerbauer

Dass die massenhafte Einreise von Menschen aus fremden Kulturkreisen und mit einer uns un vertrauten Sozialisation selbstverständlich Probleme mit sich bringt, hätte unserer Regierung klar sein müssen.

Trotz allem finde ich Frau Merkels Aufruf „Wir schaffen das“ angebracht. Deutschland ist eine starke Nation, die sich vor globalen Problemen nicht drückt oder Hilfe zur Krisenbewältigung bei den Nachbarländern sucht. Verantwortung wird erkannt und getragen.

Wir sind ein Sozialstaat, dem das Unrecht, das an Menschen begangen wird, nicht gleichgültig ist. Wir sind ein Staat, der selbstbewusst auf die eigenen Fähigkeiten schauen darf.

Dieses ergibt sich aus dem Fleiß, den jeder einzelne Arbeitnehmer oder Unternehmer täglich



Flüchtlinge stehen in der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen in einer Warteschlange zur Essensausgabe. (Foto: dpa)

an seinem Arbeitsplatz unter Beweis stellt. Deutschland geht es wirtschaftlich dadurch gut und die Steuergelder fließen.

Viele sind bereit, von diesem erwirtschafteten Ertrag gerne etwas abzugeben in Form von Sozialleistungen für diejenigen, denen es schlecht geht. Leider wurde der Bogen hier zu sehr überspannt durch eine schon fast antiautoritäre Flüchtlingspolitik, so dass vielen die Lust am Teilen vergangen ist.

Das ist schade. Der Staat nimmt seine Verantwortung dem eigenen Volk gegenüber nicht mehr wahr. Wenn dem Steuerzahler der Kragen platzt, dann hat das auch Auswirkungen auf ein gutes Miteinander in der Gesellschaft, auf den Frieden untereinander und auf die Arbeitsmotivation jedes Einzelnen.

Wenn Frauen auf offener Straße sexuell belästigt und wenn Polizisten während ihrer wichtigen Einsätze bewusst verletzt werden, dann stimmt etwas nicht mehr im Staate.

Da helfen keine Schuldzuweisungen oder Ausflüchte, da ist die Politik gefragt, um Gesetze zu ändern und dafür zu sorgen, dass Deutschland eine solidarische und moralisch wertvolle Nation bleibt, wie sie es bisher vor der Welt gezeigt hat.

Andrea Nolden

Der SPD-Ortsverein in Essen hatte eine Kundgebung geplant unter dem Motto „Genug ist genug, Integration hat Grenzen, der Norden ist voll“. Diese Anti-Flüchtlings-Einstellung hinterließ eine Welle der Entrüstung und eine scharfe Reaktion, besonders bei der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Frau Kraft hob hervor, dass es in Deutschland eine Willkommenskultur gibt und dass sie mit der Vorgehensweise des SPD-Ortsvereins nicht einverstanden ist. Daraufhin wurde die Demo wieder abgesagt.

Es ist ja schon erstaunlich, wie man einerseits über die Kanzlerin Merkel herfällt, weil sie zu

flüchtlingsfreundlich sei, und andererseits steht Ministerpräsidentin Kraft doch hinter Angela Merkel, da soll der Normalbürger noch durchschauen. Wir haben in Deutschland nach 1945 viel mitmachen müssen in Sachen Flucht, da macht uns so schnell keiner was vor und schon gar nicht die AfD. Ich hoffe, die Bürger vergessen das nicht. Sollen andere Länder in der EU sich flüchtlingsunfreundlich verhalten, Deutschland ist da eher ein Vorbild und darauf dürfen wir sogar ein bisschen stolz sein. Ob die Linken als Nachfolgepartei der SED oder die AfD, auf Dauer werden sie in Deutschland keine Chance haben.

Paul Schmitz

Es wird uns allen ein Geheimnis bleiben, wie sich unsere Kanzlerin Frau Merkel das Recht anmaßt, im Alleingang ohne Einschaltung des Parlaments die Bundesgrenze unbefristet für Flüchtlinge zu öffnen. Wer es auch sei, allen Ausländern ist Tor

und Tür geöffnet. Bei allem Verständnis für die Flüchtlinge muss aber die Rechtsstaatlichkeit gewahrt bleiben, so wie es unser Grundgesetz vorschreibt. Wo waren unsere Politiker, die hierfür zuständig sind und für unsere Sicherheit zu sorgen haben. Warum schweigen sie, dass die Kanzlerin nach Gutsherrenart so verfährt, ohne dass sie eine Lösung vorschlägt und jede rechtsstaatliche Ordnung ignoriert. Es ist schon beschämend für die Mitglieder des Bundestags, dass drei Verfassungsrichter auf die Unzulässigkeit der Kanzlerin auf ihren Alleingang, Selbstermächtigung und Kompetenz hinweisen mussten.

Bernhard Grandrath

Auch wenn jetzt halb Deutschland dafür ist, kriminelle Ausländer schneller abschieben zu können und jetzt flugs neue Gesetze diesbezüglich erarbeitet werden, nützt das mit Blick auf die Kölner Vorfälle herzlich wenig. Bevor der dritte oder vierte

Schritt gemacht werden kann, müssen zunächst die ersten Schritte erfolgen. Die Täter müssen erst ermittelt, überführt, gefasst und abschließend verurteilt werden, ehe dann das langwierige Abschiebeprozeder in Kraft treten kann.

Wohl wissend, dass es auch teuer ist und unabhängig der Herkunft der Straftäter, es ist an der Zeit und wünschenswert, wenn seitens der Justiz härtere Strafen ausgesprochen werden, anstatt alles Mögliche zum Vorteil der Angeklagten auszuliegen.

Werner Wurda

Offen gestanden war ich schockiert, als ich im Magazin Ihre Ratschläge zur Selbstverteidigung („Alarm schlagen, egal wie“) las. Sie sollten nicht ein Klima der Angst schüren, sondern vielmehr die Menschen weiter ausgewogen aufklären und Ängsten entgegenwirken. Denn ein Resultat ist nach jedem Terroranschlag oder sonstigem Vorfall – wie etwa jenem am Kölner Bahnhof – gewiss: die gefühlte Bedrohung übersteigt die tatsächliche um Längen. Doch Realität ist nach wie vor, dass Deutschland in weiten Teilen ein sicheres, wohlgeordnetes Land ist. Hoffentlich bleibt es auch liberal und wird nicht stattdessen von Angst zerfressen.

Andreas Arnolds

Wir alle kennen die Probleme mit den Flüchtlingsströmen aus aller Welt. Bei gleichbleibendem Mitgefühl mit Menschen, die aus Sicherheitsgründen für das eigene Leben aus ihrer Heimat fliehen mussten, sollen sich diese aber auch an die Vorschriften halten, mit denen sie hier bei uns vor der Willkür des Staates geschützt werden.

Das bedeutet aber auch, dass sie bei jeder Übertretung der hier geltenden Gesetze unverzüglich ausgewiesen werden. Sie haben dann das Wohlwollen Deutschlands missbraucht.

Wozu dann noch gesetzgeberische Anordnungen beachten, die die Auszuweisenden in vollem Bewusstsein nicht eingehalten haben? Voraussetzung für diese Maßnahmen ist jedoch, dass die Betroffenen vorher in aller Deutlichkeit auf die Folgen ihres Verhaltens aufgeklärt werden.

Paul Gockel

JETZT REDE ICH

„Die ‚Kölner Botschaft‘ ist verstörend“

Ekaterina Degot, Künstlerische Leiterin der Kölner Akademie der Künste der Welt, zur „Kölner Botschaft“:

Es fällt schwer, Toleranz, Offenheit, Sicherheit und freiheitliche Werte nicht zu schätzen. Wer würde sich dem nicht anschließen?

Die „Kölner Botschaft“ jedoch ist verstörend. Und sie beunruhigt mich als „privilegierte Migrantin“ in Deutschland, als Frau (die zufällig in der Nähe des Kölner Hauptbahnhofs wohnt) und als Künstlerische Leiterin der Akademie der Künste der Welt.

Bei dem Text handelt es sich um eine ethnozentrische Beschreibung eines Ereignisses,

das in erster Linie unter dem Gesichtspunkt Kriminalität zu sehen ist. Ich komme aus Russland – einem Land, zu dem Deutschland ein ambivalentes, von Wertschätzung, aber auch Misstrauen geprägtes Verhältnis besitzt.

Als Fremde, die erst seit kurzem in Deutschland lebt, finde ich in dem Text dieselbe Angst vor dem Anderen wieder, die im Privaten, obwohl dort schon immer präsent, bis vor kurzem zurückgedrängt wurde und sich nun explosionsartig in die Medien verbreitet.

Als Frau erscheint mir nicht nur die sexuelle Gewalt extrem verstörend, sondern auch die voyeuristisch-erotisierende Art der Diskussionen darüber. Sie

verkörpert das uralte, mit einer Mischung aus Abscheu und heimlichem Ergötzen immer wieder erzählte Phantasma des weißen Mannes vom Orientalen, der weiße Frauen vergewaltigt.

Den „anderen“ wird unterstellt, dass sie zwangsläufig eine Art Gemeinschaft formen, in der jeder Einzelne für die kriminellen Taten der Mitglieder verantwortlich ist. Deutschen würde man solches nicht unterstellen. Die „Kölner Botschaft“ und ihre Geisteshaltung sind beunruhigend, weil sie eine starke Identifikation der Zivilgesellschaft mit dem Staat und seiner Effizienz aufweisen.

Hier wird nicht zu Zivilcourage und kritischem Denken aufge-



Die Kunsthistorikerin Ekaterina Degot ist Leiterin der Akademie der Künste der Welt.

rufen, sondern zu Gehorsam und Kritiklosigkeit im Austausch gegen „Sicherheit“. Und das finde ich wirklich gefährlich.

Der hier stolz vertretene Lokalpatriotismus ist keineswegs (wie angedeutet) eine Lösung – er ist genau genommen der Kern des Problems, da er „uns“ von „denen“ abgrenzt.

Wir müssen das reaktionäre, fundamentalistische Konzept des „Krieges der Zivilisationen“ entschieden zurückweisen, wo und wann auch immer es auftritt, und den Internationalismus verteidigen.

Er ist alles andere als eine Utopie. Der Westen muss endlich Verantwortung übernehmen, anstatt seine Privilegien zu ge-

nießen. Der Diskurs der „Gastfreundlichkeit“ ist hohl und gefährlich, wenn er koloniale Gewalt sowie das damit verbundene Privileg der Einheimischen gegenüber den Migranten weder benennt noch bekämpft.

Europa sollte nicht die Integration von Migranten in Gesellschaften mit statischen und normativen Werten diskutieren, sondern die Integration der Werte.

Wir sollten uns nicht mit Sicherheit beschäftigen, sondern mit Chancengleichheit. Wir sollten Solidarität üben, um gemeinsame Ziele zu erreichen: ein besseres Leben für alle auf diesem Planeten, in Europa und schließlich auch in Köln.